

der Einleider verschiedener Partei-Orte, daß eine Aufspaltung des ganzen Fonds unter die Verurtheilten nicht stattfinden soll — entsprechend hat."

Ich möchte dieser Resolution gegenüber erklären, daß der bisherige Vorstand an der Auffassung festhält, daß das Geld in erster Linie für die Essener Verurtheilten aufgehoben bleiben muß. Wir schlagen vor, das Geld als separaten Fonds zu verwalten und für Nothfälle den Verurtheilten zu reserviren. Nur unter ganz besonderen Umständen würden aus demselben andere Opfer der Gerechtigkeit zu unterstützen sein. Ich will aber nicht verhehlen, daß einer der zunächst Beteiligten, der Genosse Schröder, Protest gegen unseren Vorschlag erhoben hat. Er hat seine Ansicht über die Vertheilung der Gelder in einem an den Vorsitzenden der Kommission, den Genossen Wundelich in Bochum, gerichteten Briefe niedergelegt und gebeten, dem Parteitag von dem Inhalt des Briefes Kenntnis zu geben. Ich verzichte aus gewissen Gründen auf die Verlesung des Briefes, lege ihn aber beim Bureau nieder, wo Jeder, der sich dafür interessiert, ihn einsehen kann.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über den Vorschlag Gerisch bezüglich der Vertheilung der für die Essener Verurtheilten gesammelten Gelder.

Singer bemerkt, daß er einen Beschluß eigentlich nur deshalb provoziert, weil der Partei-Vorstand der moralischen Billigung der Gesamtpartei durch ihre Delegirten sicher sein wolle. Der Partei-Vorstand habe wiederholt erklärt, daß er gar kein Interesse daran habe, das Geld irgendwie anders zu vertheilen als zum Besten Derer, für die es gesammelt ist; ihm liege aber daran, zu hören, ob seine Auffassung von der Partei getheilt wird.

Die Anwesenden erklären sich mit dem Vorschlage des Partei-Vorstandes einverstanden.

Singer: Ich will hoffen, daß dieser Beschluß auch nach der anderen Seite hin des Eindruck nicht entbehren wird.

Hierauf wird dem Vorstande einstimmig Decharge ertheilt.

Singer: Der nächste Punkt der Tagesordnung: der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, wird voraussichtlich zu einer umfangreichen Diskussion führen, und es ist nicht rathsam, dieselbe kurz abzubreaken. Da wir aber alle Ursache haben, mit der Zeit zu zeigen, so schlage ich Ihnen vor, im Einverständnis mit dem Referenten, jetzt den Punkt: Die Maifeier 1899 zu beraten.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Mit zur Debatte gestellt werden die beiden genügend unterstützten Anträge des 6. sächsischen Kreises (siehe Antrag 86):

1. Die Parteileitung wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß eine planmäßige Agitation für den Achtstundentag in Versammlungen, durch die Presse und Flugblätter betrieben wird.

2. Der Parteitag wiederholt die Forderung, für die Durchführung einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai zu sorgen.

Berichterstatter Pfannkuch: Der Hamburger Parteitag lehnte es ab, die vorjährige Resolution als bindend für mehrere Jahre zu fassen, wir müssen uns also auch heute wieder mit der Frage beschäftigen. Ein Grund, in der Maifeier eine Aenderung eintreten zu lassen, liegt nicht vor, und deshalb schlage ich Ihnen namens der Parteileitung heute wieder die Annahme der Hamburger Resolution vor. Dieselbe lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1882, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der

Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste der Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

In Hamburg machte Genosse Stolten den Versuch, eine Aenderung herbeizuführen, aber die Debatte zeigte, daß hierfür keine Neigung vorhanden war. So weit ich die parteigenösslichen Kreise kenne, besteht auch heute nicht die Absicht, eine Aenderung an unserem bisherigen Verhalten zu treffen, wir werden also gut thun, die Hamburger Resolution anzunehmen. Der Antrag der Genossen des sechsten sächsischen Kreises ist wahrscheinlich deshalb gestellt, weil der Partei-Vorstand in diesem Jahre keinen Anruf erlassen hat, aber die Agitation war bereits allerorts im Gange, so daß es gegenstandslos geworden war, die Genossen noch besonders anzufeuern. Ich halte den Antrag für überflüssig, denn wenn es sich als nothwendig herausstellen wird, eine planmäßige Agitation einzuleiten, so wird es der Partei-Vorstand von selbst thun, und daß dabei die Frage des Achtstundentages in den Vordergrund treten wird, ist selbstverständlich. Es ist nicht nöthig, der Parteileitung noch eine besondere Direktive zu geben. Man glaubt von bestimmter Seite immer darüber machen zu müssen, daß die Parteileitung ihre Pflicht erfüllt, bis jetzt haben aber die zweitägigen Verhandlungen ergeben, daß die Genossen mit der Thätigkeit der Parteileitung zufrieden gewesen sind. Was den zweiten Antrag betrifft, so ist derselbe abgelehnt, sobald Sie die vom Partei-Vorstand beantragte Resolution annehmen. Ich meine, wir haben keine Veranlassung, die Kraftprobe mit dem Kapitalismus zu suchen. Können wir ihr nicht ausweichen, so wird sich kein Genosse finden, der feige genug wäre, ihr auszuweichen. So lange uns aber die Kraftprobe nicht aufgedrängt wird, werden wir sie nicht suchen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen und einstimmig die vom Partei-Vorstand beantragte Resolution anzunehmen.

Wortmeldungen zu diesem Punkte lagen nicht vor.

Nachdem Höpner (6. sächsischer Kreis) seine Anträge zurückgezogen hat, wird die Resolution des Partei-Vorstandes angenommen und nach Verlesung einiger eingelaufener Telegramme die Sitzung um 7 Uhr geschlossen.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

9 1/2 Uhr. Der Vorsitz führt Klotz.

Zum Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, wozu die Anträge von 66 bis 82, 86 (Absatz 4 bis 8), 92, 94, 96 und 104 mit zur Verhandlung gestellt werden, erhält als Berichterstatter das Wort

Wurm: Ich will mich auf die Einzelheiten unserer parlamentarischen Thätigkeit während der letzten Session nicht einlassen, da Ihnen ja der gedruckte Bericht über die Thätigkeit der Fraktion vorliegt, sondern nur die großen Gesichtspunkte hervorheben, obgleich sie schon in der bisherigen Debatte gestreift sind. Der Bericht, der übrigens nur von einem einzelnen Fraktionsmitglied verfaßt ist und nicht von der ganzen Fraktion durchgesehen wird, hat in seiner Begründung der Thätigkeit all die Motive zusammengefaßt, die bisher in der Fraktion maßgebend waren bei ihren Abstimmungen. In erster Linie handelt es sich dabei um die Stellung zum Militarismus und zur Kolonialpolitik, diese beiden Lebensfragen für die Arbeiterbewegung. Das